

Datum: 17.10.16
Telefon: 0 233-
Telefax: 0 233-

Ur	R	R1			EG-		
Baureferat						zwV	EA
18. Okt. 2016						Rij	Ber
Az.:						WA	Vorg
Anlagen:						bei	an
Kopie						bis	
an							

Anlage 2: Stellungnahme

Personal- und
Organisationsreferat
Organisation
POR-P 3.24

Stellungnahme zur Beschlussvorlage „Neuer Verwaltungsstandort für das Baureferat an der Berg-am-Laim-Straße 45; Zusätzliche Finanzierungsbedarfe“
(Sitzungsvorlage Nr. 14-20/ V 06595)

Bauausschuss am 22.11.2016
Vollversammlung am 14.12.2016

An das Baureferat

Die im Betreff genannte Beschlussvorlage wurde dem Personal- und Organisationsreferat mit E-Mail vom 05.10.2016 zur Stellungnahme bis 19.10.2016 zugeleitet.

In der Vorlage werden vom Baureferat folgende Kapazitätsmehrbedarfe geltend gemacht:

Stellenschaffungen

1,0 VZÄ für SB Belegungsmanagement der Fachrichtung VD (3. QE) befristet für 3 Jahre ab Stellenbesetzung.

1,0 VZÄ für eine Teamleitung der Fachrichtung VD (3. QE) befristet für 3 Jahre ab Stellenbesetzung.

2,0 VZÄ für SB Raumangelegenheiten und SB Bestellwesen der Fachrichtung VD (2. QE) befristet für 3 Jahre ab Stellenbesetzung.

1,0 VZÄ für SB Postverkehr der Fachrichtung VD (1. QE) befristet für 3 Jahre ab Stellenbesetzung.

1,0 VZÄ für SB IT-Transition der Fachrichtung IT (3. QE) befristet für 3 Jahre ab Stellenbesetzung.

0,2 VZÄ für SB Registratur der Fachrichtung VD (2. QE) befristet für 3 Jahre ab Stellenbesetzung.

0,7 VZÄ für SB Umzugsmanagement und Raumbewirtschaftung der Fachrichtung VD (2. QE) befristet für 3 Jahre ab Stellenbesetzung.

0,9 VZÄ für SB Beschaffungswesen der Fachrichtung VD (2. QE) befristet für 3 Jahre ab Stellenbesetzung.

Es handelt sich um einen Finanzierungsbeschluss, der Ausführungen zur Unabweisbarkeit der Stellenbedarfe enthält.

Zu den in der Beschlussvorlage dargestellten Kapazitätsmehrbedarfen wird wie folgt Stellung genommen:

Das Personal- und Organisationsreferat stimmt **vorbehaltlich der Sicherstellung der Finanzierung** der künftig geltend gemachten Stellenkapazitäten der Beschlussvorlage zu.

Die Beschäftigung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auf diesen Stellen kann unbefristet erfolgen.

Begründung

Aufgrund diverser Personalzuschaltungen in den letzten Jahren im Baureferat wurde die Anmietung eines neuen Verwaltungsstandortes notwendig, um das zusätzliche Personal unterzubringen. Der Betrieb des neuen Standortes erfordert wiederum zusätzliche Personalressourcen.

Der zusätzlich geltend gemachte Stellenbedarf beruht allerdings nicht allein auf der Anmietung des neuen Standortes, sondern vor allem auf der erheblichen Steigerung der Zahl an zu betreuenden Arbeitsplätzen aufgrund verschiedener vom Stadtrat beschlossener Bauprogramme, wie beispielsweise der Schulbauoffensive. Es handelt sich somit nicht lediglich um eine Verlagerung vorhandener Arbeitsplätze. Ein stadtweiter Quervergleich zu anderen Referaten, die einen neuen Standort bezogen haben, ist damit nicht möglich. Zudem existieren keine stadtweiten Kennzahlen zu den typischen Mieter-/Nutzeraufgaben der Referate.

Da der Personalbedarf derzeit lediglich qualifiziert geschätzt werden kann, werden die benötigten Kapazitäten zunächst auf 3 Jahre befristet zugeschaltet und anschließend im Wege eines Stellenbemessungsverfahrens überprüft, ob und in welchem Umfang über die Befristung hinaus ein Stellenbedarf besteht.

Ferner bitten wir den Vortrag wie folgt zu ergänzen:

Das Personal- und Organisationsreferat ist als Querschnittsreferat der Landeshauptstadt München betroffen, wenn zusätzliche Stellen eingerichtet und besetzt werden, sowie das gewonnene Personal betreut werden muss. Betroffen sind regelmäßig die Abteilung 1 Recht, die Abteilung 2 Personalbetreuung, die Abteilung 3 Organisation, die Abteilung 4 Personalleistungen sowie die Abteilung 5 Personalentwicklung, Bereich Personalgewinnung.

Das POR wird den sich durch diese Beschlussvorlage ergebenden zusätzlichen Aufwand zu gegebener Zeit gesondert im zuständigen VPA geltend machen.

Wir bitten die Stellungnahme der Beschlussvorlage beizufügen.

Die Stadtkämmerei und das Direktorium erhalten einen Abdruck der Stellungnahme.

gez.

Dr. Dietrich